



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Eimsbüttel

Bezirksamt Eimsbüttel - Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt - 20144 Hamburg

###

Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Bauprüfungsabteilung Region Süd -WBZ 21-

Grindelberg 62 - 66
20144 Hamburg

Telefon 040 - 4 28 01 - 22 33 (Infopunkt WBZ)
Telefax 040 - 4 27 90 - 30 03
E-Mail Baupruefung@eimsbuettel.hamburg.de

Ansprechpartner: ###

Zimmer ###
Telefon 040 - 4 28 01 - ###
Telefax ###
E-Mail ###

GZ.: E/WBZ2/02045/2021

Hamburg, den 14. Dezember 2021

Verfahren
Eingang
Belegenheit
Baublock
Flurstück

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
19.08.2021

318-134
5169 in der Gemarkung: Lokstedt

Nutzung der vorhandenen Containeranlage zur Erstaufnahme von Flüchtlingen bis zum 31.12.2025 (insgesamt maximal 548 Plätze) sowie Mischnutzung durch Umnutzung eines Teilbereiches in ein Winternotprogramm für Obdachlose vom 01.10.2021 bis zum 30.04.2022 (insgesamt maximal 224 Plätze von 548 Plätzen)

BEFRISTETE GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung für die Nutzung der Containeranlage zur **Erstaufnahme** von Flüchtlingen befristet bis zum **31.12.2025** sowie die Genehmigung für Nutzung eines Teilbereiches als **Winternotprogramm** befristet bis zum **30.04.2022** erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Nach Ablauf der Befristung ist die bauliche Anlage vom Eigentümer oder Verfügungsberechtigten der baulichen Anlage innerhalb eines Monats ohne Entschädigungsansprüche zu beseitigen.



Servicezeiten WBZ (Bauberatung):
Mo 12:00 - 16:00 Uhr
Di und Fr 08:00 - 12:00 Uhr
Do 10:00 - 16:00 Uhr

Öffentliche Verkehrsmittel:
U3 Hoheluftbrücke
M 4, M 5, 15 Bezirksamt Eimsbüttel

Termine im Fachamt Bauprüfung nur
nach Vereinbarung

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.

Dieser Bescheid schließt ein:

1. Erlaubnis nach § 18 Absatz 1 des Hamburgischen Wegegesetzes (HWG) in der geltenden Fassung für die Herstellung der Überfahrt.

Nebenbestimmung

Die Überfahrt ist bereits hergestellt und im Rahmen der geänderten Nutzung des Grundstücks weiterhin in ihrem Bestand zu nutzen.

2. Die Zustimmung nach § 12(2) LuftVG zu dem Vorhaben im Bauschutzbereich wird erteilt
3. Sielanschluss (§ 7 HmbAbwG)
4. Einleitungsgenehmigung für die Abwassereinleitung (§ 11a HmbAbwG)

Planungsrechtliche Grundlagen

Bebauungsplan Niendorf 70
mit den Festsetzungen: GE I GRZ 0,6 GFZ 0,8
GE II GRZ 0,6 GFZ 1,2
Baunutzungsverordnung vom 15.09.1977

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

7 / 7	Lageplan 18.08.2021
7 / 8	Lageplan mit Rettungswegen (25.11.2021)
7 / 9	Modul Unterkunft (1)-(6), Ansicht III, Ansicht IV, Schnitt (25.11.2021)
7 / 10	Modul Verwaltung (1)/(2), Ansicht West + Ost, Schnitt (25.11.2021)
7 / 11	Modul Verwaltung (2) Ansicht Süd, Ansicht Nord (25.11.2021)
7 / 12	Modul Kantine, Sozialräume (1)/(2) Ansicht West, Ansicht Ost (25.11.2021)
7 / 14	Brandschutz Grundrisse Modul Unterkunft (1)-(6) EG, 1. OG + 2. OG (25.11.2021)
7 / 15	Brandschutz Verwaltungsgebäude Grundrisse EG + OG (25.11.2021)
7 / 16	Brandschutz Modul Kantine, Sozialräume (1)-(2), Grundriss EG (25.11.2021)
7 / 17	Brandschutz Modul Kantine, Grundriss OG (25.11.2021)

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

Erteilte Abweichungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften

5. Folgende planungsrechtliche Befreiungen werden nach § 31 Absatz 2 BauGB erteilt

- 5.1. für das Überschreiten der zulässigen Zahl der Vollgeschosse um 1 Vollgeschoss auf 3 Vollgeschosse für das Container- Module Unterkunft (M8, M2, M3, M4) im Bereich der 2-geschossigen Ausweisung (§30 BauGB i. V. m. den Festsetzungen des Bebauungsplans Niendorf 70)

Begründung

Die planungsrechtliche Befreiung wird zum Wohl der Allgemeinheit befristet auf 5 Jahre erteilt. Auch auf Grund der Befristung ist die Zulassung der Befreiung vertretbar. Auf Grund der Nutzung als Flüchtlingsunterkunft ergeben sich andere Bedürfnisse hinsichtlich der Baustruktur als für eine dauerhafte gewerbliche Nutzung.

Bedingung

Die Zulassung der planungsrechtlichen Befreiung erfolgt unter der Bedingung, dass nach Ablauf der Befristung die bauliche Anlage vom Eigentümer oder Verfügungsberechtigten der baulichen Anlage innerhalb eines Monats ohne Entschädigungsansprüche beseitigt wird.

- 5.2. für das Überschreiten der zulässigen Zahl der Vollgeschosse um 2 Vollgeschosse auf 3 Vollgeschosse für die Container- Module Verwaltung (M10) und Unterkunft (M7 und M6) im Bereich der 1-geschossigen Ausweisung (§30 BauGB i. V. m. den Festsetzungen des Bebauungsplans Niendorf 70)

Begründung

Die planungsrechtliche Befreiung wird zum Wohl der Allgemeinheit befristet bis zum 31.12.2025 erteilt. Auch auf Grund der Befristung ist die Zulassung der Befreiung vertretbar. Auf Grund der Nutzung als Flüchtlingsunterkunft ergeben sich andere Bedürfnisse hinsichtlich der Baustruktur als für eine dauerhafte gewerbliche Nutzung.

Bedingung

Die Zulassung der planungsrechtlichen Befreiung erfolgt unter der Bedingung, dass nach Ablauf der Befristung die baulichen Anlagen ohne weitere Aufforderung umgehend vollständig zurückgebaut werde

- 5.3. für das Überschreiten der südlichen Baugrenze um bis zu ca. 5,0 m durch die Container- Module Verwaltung (M9 + M10) (§30 BauGB i.V.m. den Festsetzungen des Bebauungsplans Niendorf 70)

Begründung

Die planungsrechtliche Befreiung wird zum Wohl der Allgemeinheit befristet bis zum 31.12.2025 erteilt. Auch auf Grund der Befristung ist die Zulassung der Befreiung vertretbar. Auf Grund der Nutzung als Flüchtlingsunterkunft ergeben sich andere Bedürfnisse hinsichtlich der Baustruktur als für eine dauerhafte gewerbliche Nutzung.

Bedingung

Die Zulassung der planungsrechtlichen Befreiung erfolgt unter der Bedingung, dass nach Ablauf der Befristung die baulichen Anlagen ohne weitere Aufforderung umgehend vollständig zurückgebaut werden.

6. Folgende planungsrechtliche Befreiung wird nach § 246 Absatz 10 i.V.m. Absatz 13a BauGB erteilt
 - 6.1. für das Abweichen von der zulässigen Art der baulichen Nutzung im Gewerbegebiet, hier für die Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylbegehrenden aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit (§30 BauGB i. V. m. den Festsetzungen des Bebauungsplans Niendorf 70)

Begründung

Anlagen für soziale Zwecke sind im Gewerbegebiet gem. §8 Abs. 3 Punkt 2 BauNVO ausnahmsweise zulässig. Das Vorhaben stellt eine soziale Nutzung in diesem Sinne mit wohnähnlichem Charakter dar. Es sind zwar die Grundzüge der Planung berührt, jedoch nicht verletzt, da das Vorhaben befristet genehmigt wird und die Flächen nach erfolgtem Rückbau wieder einer gewerblichen Nutzung zur Verfügung stehen. Das Vorhaben löst keine bodenrechtlichen Spannungen aus.

Bedingung

Die Zulassung der planungsrechtlichen Befreiung erfolgt unter der Bedingung, dass nach Ablauf der Befristung die bauliche Anlage vom Eigentümer oder Verfügungsberechtigten der baulichen Anlage innerhalb eines Monats ohne Entschädigungsansprüche beseitigt wird.

7. Folgende planungsrechtliche Ausnahme wird nach § 31 Abs. 1 BauGB erteilt
 - 7.1. für das Abweichen von der zulässigen Art der baulichen Nutzung für die Unterbringung von Obdachlosen im Rahmen des WNP (soziale Nutzung) im Gewerbegebiet (§ 8 Abs. 3 BauNVO)

Begründung

Anlagen für soziale Zwecke sind im Gewerbegebiet gem. §8 Abs. 3 Punkt 2 BauNVO ausnahmsweise zulässig. Das Vorhaben stellt eine soziale Nutzung in diesem Sinne mit wohnähnlichem Charakter dar. Es sind zwar die Grundzüge der Planung berührt, jedoch nicht verletzt, da das Vorhaben befristet genehmigt wird und die Flächen nach erfolgtem Rückbau wieder einer gewerblichen Nutzung zur Verfügung stehen. Das Vorhaben löst keine bodenrechtlichen Spannungen aus.

Bedingung

Die Zulassung der planungsrechtlichen Befreiung erfolgt unter der Bedingung, dass nach Ablauf der Befristung die baulichen Anlagen ohne weitere Aufforderung umgehend vollständig zurückgebaut werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

###

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Weitere Anlagen

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

Anlage 1 zum Bescheid

BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Eimsbüttel
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Grindelberg 62 - 66
20144 Hamburg

AUFLAGEN

Nutzungsbeginn

8. Mit der Anzeige über den Nutzungsbeginn sind folgende Unterlagen bei der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen:

- 8.1. Bescheinigung nach § 51 HBauO in Verbindung mit § 15 Abs. 1 PVO eines behördlich anerkannten Prüfsachverständigen über die jeweils vollständig durchgeführte Prüfung folgender technischer Anlagen und Einrichtungen:

Alarmierungsanlage
Brandmeldeanlage

Bei Erstinbetriebnahme sowie bei einer Wiederinbetriebnahme nach wesentlichen Änderungen ist die Prüfung gemäß § 51 HBauO i. V. m. 15 Abs. 2 PVO durch die Bauherrin oder den Bauherren gemäß § 54 HBauO zu beauftragen.

Auf die Verpflichtung des Betreibers zur Veranlassung der wiederkehrenden Prüfungen der o.g. technischen Anlagen und Einrichtungen gemäß § 51 HBauO i. V. m. 15 Abs. 2 PVO wird hingewiesen.

Die Erstprüfung vor Inbetriebnahme und die wiederkehrenden Prüfungen der oben genannten Anlagen sind nach Prüfverordnung (PVO) durch behördlich anerkannte Prüfsachverständige regelmäßig durchzuführen und nachzuweisen (§ 51 HBauO in Verbindung mit PVO).

Brandschutz - Bauteilanforderungen

9. Tragende und aussteifende Wände und Stützen müssen im Brandfall ausreichend lange standsicher sein. Sie müssen in Gebäuden der Gebäudeklassen 3 Feuer hemmend sein (§ 25 Abs. 1 HBauO)
10. Decken müssen als tragende und Raum abschließende Bauteile zwischen Geschossen im Brandfall ausreichend lange standsicher und widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sein. Sie müssen in Gebäuden der Gebäudeklassen 3 Feuer hemmend sein (§ 29 Abs. 1 Punkt 3 HBauO)

Rettungswege, Öffnungen, Umwehrungen

11. Die Rettungswege müssen ständig frei von Brandlasten gehalten werden.
12. Für die Module „Kantine, Sozialräume, Kita“ (Sonderbau gem. § 51 HBauO) sind beide Außentrepfen als erster Rettungsveg herzustellen.
Notwendige Treppen ohne eigenen Treppenraum als Außentreppe sind zulässig, wenn ihre Nutzung ausreichend sicher ist und im Brandfall nicht gefährdet werden kann (§ 33 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 HBauO).
Durch bauliche Maßnahmen ist sicherzustellen, dass die Außentreppe im Brandfall nicht durch Feuer beaufschlagt werden kann. Hierbei ist ein Brandausstrahlungsbereich von 120°, mindestens jedoch ein Abstand von 2,50 m zur Öffnungen in der Fassade zugrunde zu legen. Da Außentrepfen den Witterungsverhältnissen ausgesetzt sind, ist sicher zu stellen, dass sie auch bei Regen, Schnee oder Hitze sicher begehbar sind.
13. Die Rettungswege innerhalb der Gebäude sind durch Hinweisschilder nach BGV - A 8 in Verbindung mit der DIN 4844-3 so zu kennzeichnen, dass die notwendigen Treppen und Ausgänge ins Freie auch von Benutzern und Besuchern ohne nähere Ortskenntnisse sicher aufgefunden werden können.
Die Hinweisschilder müssen mindestens lang nachleuchtend sein, eine hinterleuchtete Ausführung wird empfohlen.

Technische Gebäudeausrüstung

14. Die Gebäude sind im Verlauf der Erschließungsflure mit einer Brandmeldeanlage (BMA) nach DIN 14675 (Schutzumfang Kategorie 2: Teilschutz) i.V.m. DIN VDE 0833-2 mit Feuerwehrrbedienfeld nach DIN 14661 sowie Feuerwehrranzeigetableau nach DIN 14662 auszustatten. Hier sind automatische Rauchmelder sowie Handmelder an den jeweiligen Ausgängen zu installieren. **Die BMA ist unmittelbar auf das Einsatzlenkungs- System der Feuerwehr Hamburg aufzuschalten. Zur Aufschaltung sind die „Bedingungen für das Aufschalten von Brandmeldeanlagen auf das Einsatzlenkungssystem der Feuerwehr Hamburg“ einzuhalten und abzufordern bei Feuerwehr Hamburg Einsatzabteilung Wendenstraße 251 20537 Hamburg Tel: (040) 42851-4205.** Die Anlage ist in Meldebereiche nach DIN VDE 0833 zu unterteilen. Die Überwachungsbereiche der Brandmeldeanlage sind mit einer Alarmierungseinrichtung zu versehen. Die BMA muss mit technischen Maßnahmen zur Vermeidung von Falschalarmen ausgeführt und betrieben werden.
Die Anlage ist von einem anerkannten Sachverständigen vor Inbetriebnahme abzunehmen und wiederkehrend alle 3 Jahre zu prüfen.
15. Alle Schlafcontainer sind mit fest eingebauten batteriegepufferten Rauchwarnmeldern mit integrierten Warntongebnern in Anlehnung an § 45 HBauO auszustatten (10- Jahres-Batterien). Die Brandmeldeanlage steht nicht in Verbindung mit den Rauchwarnmeldern in den Zimmern um bei Fehlalarmen eine vollständige Alarmierung des Gebäudes auszuschließen. Sollte es zu einem Brandereignis in einem Zimmer kommen, detektiert der Rauchwarnmelder im Zimmer. Wird der Brand nicht frühzeitig erkannt und breitet sich Rauch über die Tür in den Flur aus, detektiert dann die Brandmeldeanlage.
16. Die Kindertageseinrichtung ist mit einer Anlage zur elektroakustischen Alarmierung auszustatten. Die Alarmierungsanlage muss bei Auftreten von Rauch selbsttätig auslösen und alle Personen in der Kindertageseinrichtung wirksam alarmieren. Zudem muss in jedem Gruppenbereich die Möglichkeit zur manuellen Auslösung der Anlage durch Betätigung eines Druckknopfmelders ausgeführt werden. Die Anlage ist entsprechend der Vornorm DIN V VDE V 0826-1 „Überwachungsanlagen – Teil 1: Gefahrenwarnanlagen (GWA) für Wohnhäuser, Wohnungen und Räume mit wohnungsähnlicher Nutzung – Planung, Einbau, Betrieb und Instandhaltung“ (Stand Juni 2005) auszulegen. Die Funktion der Alarmierungseinrichtung muss unabhängig von der normalen Stromversorgung gewährleistet sein. Die Anlage ist von einem anerkannten Sachverständigen vor

Inbetriebnahme abzunehmen und wiederkehrend alle 3 Jahre zu prüfen (§ 51 HBauO i.V.m. § 17 HBauO).

17. Feuerlöscher nach der DIN EN 3 müssen gut sichtbar vorgehalten werden. Grundsätzlich werden Löscher mit wässriger Lösung, Löschvermögen 27 A, empfohlen. Die Art und Anzahl der erforderlichen Feuerlöscher sind mit der zuständigen Feuer- und Rettungswache abzustimmen
18. Es ist eine Blitzschutzanlage entsprechend der Norm und VDE - Richtlinie "Blitzschutzanlage" nach DIN EN 62305/VDE 0185-305 zu erstellen (§ 43 a Abs. 2 HBauO).

Organisatorische Brandschutzmaßnahmen

19. Es ist in Abstimmung mit der zuständigen Feuer- und Rettungswache eine Brandschutzordnung Teil A, B und C gemäß DIN 14096-1 zu erstellen. Der Teil A der Brandschutzordnung muss an geeigneten Stellen gut sichtbar aufgehängt werden. Die Verhaltensmaßnahmen nach DIN 14096-1 (Teil A) sind –in jeweiliger Abhängigkeit von der sprachlichen Herkunft der Bewohner- auch in weitergehenden Sprachen als deutsch auszuhängen. Die Teile B und C der Brandschutzordnung sind jeweils auf dem aktuellen Stand zu halten. Das Betriebspersonal ist im Rahmen der Brandschutzordnung bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach mindestens einmal jährlich zu unterweisen
20. Die Bewohner sind auf die Sicherheitseinrichtungen hinzuweisen und in deren Verwendung einzuweisen. Dabei ist die Brandschutzordnung bekannt zu machen, Rettungswege, Rauchwarnmelder, die vorhandene Brandmeldeanlage und die Alarmierungsanlage, Aushänge der Brandschutzordnung und vorhandene Feuerlöscher sind zu erläutern. Die Bewohner sind darüber aufzuklären, wie sie sich im Brandfall zu verhalten haben.
21. In vorheriger Abstimmung mit dem Wachführer der zuständigen Feuer- und Rettungswache sind die allgemeinen Objektinformationen, ein Übersichtsplan und ggf. ein Umgebungsplan des Objektes gemäß DIN 14095 (Feuerwehrpläne für bauliche Anlagen) zu erarbeiten und ständig auf dem aktuellen Stand zu halten. Die Pläne sind der zuständigen Feuer- und Rettungswache als PDF-Datei per E-Mail (Wf15@feuerwehr.hamburg.de), zur Verfügung zu stellen. Ein Exemplar ist ständig am abgestimmten Platz beim Objekt für die Feuerwehr bereit zu halten
22. In jedem Geschoss müssen Flucht- und Rettungswegepläne des jeweiligen Geschosses an allgemein zugänglicher Stelle gut sichtbar ausgehängt werden.

Allgemeine Anforderungen an die Bauausführung

23. Die Baustelle ist so einzurichten und zu betreiben, dass das Vorhaben ordnungsgemäß ausgeführt werden kann und Gefahren oder unzumutbare, jedoch vermeidbare Belästigungen nicht entstehen. Die Unternehmer sind, jeweils für ihre Arbeiten, für die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen verantwortlich (§ 14 Abs. 1 HBauO und 56 Abs. 2 HBauO).
24. Während der Bauzeit sind zur Bekämpfung von Entstehungsbränden Feuerlöscher bereitzuhalten. Die Anzahl und der Anbringungsort der Feuerlöscher ist im Einvernehmen mit der Feuerwehr festzulegen (§14 Abs. 1 HBauO i. V. m. § 3 Abs. 1 HBauO)

Folgeeinrichtungen

25. Folgende Fahrradplätze sind erforderlich:

25.1. Es entsteht durch die Nutzung ein Bedarf von 11 Fahrradplätzen (§ 48 Abs. 1 HBauO).

26. Folgende Kfz-Stellplätze sind erforderlich:

26.1. Es entsteht durch die Nutzung ein Bedarf von 11 Stellplätzen (§ 48 Abs. 1 HBauO).

HINWEISE

27. Der Beginn der Ausführung ist der Bauaufsichtsbehörde spätestens eine Woche vorher mitzuteilen (§ 72a Abs. 4 HBauO).

Bitte verwenden Sie dafür den Vordruck in dem Onlinedienst "Anzeige Bau-, Abbruch- und Wiederaufnahmebeginn" auf der Internetseite gateway.hamburg.de.

28. Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Dies gilt nicht für die Beseitigung von Anlagen und die Errichtung von nicht baulichen Werbeanlagen (§ 77 Abs. 2 HBauO).

29. Weitere Hinweise, Merkblätter und Broschüren für Ihre Bauausführung finden Sie unter dem Link:

"<http://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html>".

Anlage 2 zum Bescheid

ABFALLRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Stadtreinigung Hamburg
Technik Bau
Bullerdeich 19
20537 Hamburg
E-Mail: Baugenehmigungsverfahren@stadtreinigung.hamburg

AUFLAGEN

30. Anschluß- und Benutzungspflicht:
Es besteht weiterhin Anschluß- und Benutzungspflicht (§ 11 (1) in Verbindung mit § 13 Hamburgisches Abfallwirtschaftsgesetz) für das Grundstück.
31. Standplätze:
Gemäß § 43 (2) der HBauO müssen Standplätze mindestens 5 m entfernt vor Öffnungen von Aufenthaltsräumen sein. Der Abstand darf bis auf 2 m verringert werden, wenn Behälter in Müllbehälterschranken untergebracht werden.
32. Größe / Ausstattung der Standplätze / Müllräume:
Die Stadtreinigung ist mit der Weiternutzung der 10 je 1.100 Liter fassende Abfall- und Wertstoffbehälter (sowie von bis zu 4 weiterer Großcontainer mit einem Volumen von bis zu 35 m³) einverstanden.

HINWEISE

33. Sollte sich aufgrund der Nutzungsänderung (hier Trennung in 2 Nutzungseinheiten) die Abfallmenge erhöhen bzw. ändern, so ist die Anzahl und Art der Abfallbehälter der neuen Nutzung anzupassen.

Anlage 3 zum Bescheid

AUFLAGEN UND HINWEISE ZUR EINLEITUNG VON ABWASSER

Zuständige Stelle für die Überwachung

Behörde für Umwelt und Energie,
Amt für Immissionsschutz und Betriebe
Abteilung Anlagenbezogener Gewässerschutz, Abwassertechnik-IB 3-
Grundstücksentwässerung, Indirekteinleiter
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Tel.: 428 40- 52 50
Fax.: 427 310 484

AUFLAGEN

34. Vorschriften
35. Hamburgisches Abwassergesetz (HmbAbwG)
in der Fassung vom 24.07.2001 (HmbGVBl. S. 258 ff),
zuletzt geändert am 17.12.2013 (HmbGVBl. S. 540, 542)
36. Anforderungen an Bau und Betrieb von Abwasseranlagen,
Inhalts- und Nebenbestimmungen
37. Für den Einbau von Entwässerungsleitungen vor der Fettabscheideranlage
(Fließrichtung) dürfen nur Materialien verwendet werden, die gegen das anfallende
Abwasser beständig sind.

Vor dem Modulgebäude (6), ist die Muffenbeschädigung, an der (DN 150)
Schmutzwasserleitung vor Inbetriebnahme zu reparieren.

HINWEISE

38. Die bautechnische Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage auf Plausibilität
umfasst die in § 18 der Bauvorlagenverordnung (BauVorlVO) genannten Unterlagen
zu Abwasserbeseitigungsanlagen auf Grundstücken. Die übrigen eingereichten
Unterlagen oder in den Antragsunterlagen dargestellten
Grundstücksentwässerungsanlagen wurden nicht geprüft.
39. Berechnungsunterlagen für die Dimensionierung der Regenwasserfallleitungen sind
den Antragsunterlagen nicht beigelegt. Unter Berücksichtigung der Anzahl und
Nennweiten der in den Zeichnungen dargestellten Regenwasserfallleitungen wird in
diesem Fall entsprechend § 1(7) Bauvorlagenverordnung auf die Nachreichung der
Berechnungsunterlagen verzichtet.
Die Plausibilitätsprüfung für diese Anlagenteile wurde auf Grundlage einer
Schätzung vorgenommen.
40. Für alle im Erdreich neu eingebauten Freigefälleleitungen und Schächte ist eine
Dichtheitsprüfung nach DIN EN 1610 durchzuführen.
41. Der zuständigen Behörde ist die Dichtheit der im Erdreich neu hergestellten
Grundstücksentwässerungsanlagen vor der erstmaligen Inbetriebnahme
unaufgefordert nachzuweisen (Dichtheitsnachweis). Von dieser Nachweispflicht sind
die Abwasseranlagen für die Ableitung für nicht nachteilig verändertes

Niederschlagswassers ausgenommen, wenn sie nicht an ein Misch- oder Schmutzwassersiel angeschlossen sind und nicht im Zusammenhang mit Anlagen nach § 21 Anlagenverordnung sowie Anlagen zur Löschwasserrückhaltung stehen (§ 17b HmbAbwG).

Der Dichtheitsnachweis besteht aus einem Prüfbericht und einem Lageplan, in dem die geprüften und als dicht nachgewiesenen Grundstücksentwässerungsanlagen dargestellt sind. Der Dichtheitsnachweis kann auch elektronisch, über die auf der Internetseite „www.hamburg.de/abwasser/formulare“ genannte E-Mail-Adresse, eingereicht werden.

Als Prüfbericht kann der auf der o.g. Internetseite bereit gestellte Vordruck P verwendet werden.

Der Dichtheitsnachweis wird nur anerkannt, wenn die Prüfungen zum Nachweis der Dichtheit von einem nach § 13b Absatz 1 HmbAbwG anerkannten Fachbetrieb durchgeführt wurden.“

42. Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu ändern und zu beseitigen (§ 13 Abs. 1 HmbAbwG). Bei Betrieb, Unterhaltung, Wartung, Überprüfung und Selbstüberwachung von Grundstücksentwässerungsanlagen sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik einzuhalten (§ 15 Abs. 2 HmbAbwG).
43. Die für den Dichtheitsnachweis erforderlichen Prüfungen der Grundstücksentwässerungsanlagen nach § 17 b HmbAbwG und das Errichten, Ändern und Abbrechen von Grundstücksentwässerungsanlagen außerhalb und unterhalb von Gebäuden, sowie der Einbau von Abwasserbehandlungsanlagen unabhängig des Einbauortes dürfen nur von Fachbetrieben, die das Zertifikat einer zugelassenen Zertifizierungsorganisation führen, ausgeführt werden (§§13b u. 17b HmbAbwG).

Anlage 4 zum Bescheid

ARBEITNEHMERSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

BJV Amt für Arbeitsschutz
Billstraße 80, 20539 Hamburg
arbeitnehmerschutz@bgv.hamburg.de

BJV Amt für Arbeitsschutz
Billstraße 80, 20539 Hamburg
arbeitnehmerschutz@bgv.hamburg.de

Transparenz in HH

INFEKTIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Fachamt Gesundheit
Grindelberg 62-66
20144 Hamburg

AUFLAGEN

44. Generelle Anforderungen an die Einrichtung
45. Die Anforderungen basieren, sofern nicht gesondert benannt, auf den §§ 16 und 36 des Infektionsschutzgesetz, §§ 3 und 51 der HBauO. Zur Beurteilung liegen Grundrisse mit Datum vom 18.08.2021 vor. Die ausgesprochenen Anforderungen und Hinweise beziehen sich auf den eingereichten Grundriss.
46. Die Fußböden, Wände und Einrichtungsgegenstände müssen leicht zu reinigen und auch ggfs. mit Desinfektionsmitteln und –verfahren desinfiziert werden können. (KRINKO Richtlinie: C2.1 6.1)
47. In Sanitäreinrichtungen sind mindestens ein Waschbecken je fünf bis acht Bewohner, ein Duschplatz je zehn bis fünfzehn Bewohner, ein Toilettenplatz je zehn weibliche Bewohner, ein Toilettenplatz und ein Urinalbecken je 15 männliche Bewohner vorzusehen. Die genutzten Waschbecken müssen mit fest installierten Spendern für Handwaschmittel und Einmalhandtücher ausgestattet sein. Die Sanitärbereiche sind generell mit sogenannten Hygienesets auszustatten. Hygienesets bestehen aus Toilettenpapierhalter, Abfallbehälter, Wandspender für Seife und Einmalhand-tüchern.
48. Es ist ein Putzmittelraum oder Bereich für die Lagerung der Reinigungsutensilien vorzusehen. Räumlichkeiten für die Aufbewahrung von Reinigungs- und Desinfektionsutensilien müssen ausreichend groß bemessen und belüftbar sein. Reinigungsgeräte und -materialien sind geschlossen, z.B. in einem Putzmittelschrank oder separatem Raum vorzuhalten. Nach der Aufbereitung sind die Reinigungs- und Desinfektionsutensilien geschützt vor Kontamination durch unsaubere Utensilien (Trennung in unreinen und reinen Bereich) aufzubewahren. KRINKO Richtlinie: C2.1 6.2; §§2, 3 Abs. 1 und Abs. 2 HmbMedHygVO)
49. Es sind die Trinkwasserverordnung mit Verweis auf die Einhaltung von TrinkwV §§ 4,5 Absatz 1, 2; §20 Absatz 1; IfSG §37 Punkt 1; der DIN EN 806-5 sowie VDI 6023 zu beachten.
50. Anforderungen für Bereiche mit medizinischer Versorgung
51. Dem medizinischen Personal sind leicht erreichbare Händewaschplätze mit fließendem warmen und kalten Wasser, mit Direktspendern für Seifenlotion, Händedesinfektionsmittel und einem Spender für Einmalhandtücher zur Verfügung zu stellen. (KRINKO C1.1 11.5; §§ 2, 3 Abs. 1 und Abs. 2 HmbMedHygVO)
52. Händewaschplätze müssen in Räumen angebracht sein, in denen diagnostische oder invasive Maßnahmen bzw. Arbeiten durchgeführt werden. Ist dies aus

baulichen oder betrieblichen Gründen nicht möglich, muss in diesen Räumen mindestens ein Händedesinfektionsmittelspender installiert und in erreichbarer Nähe ein komplett ausgestatteter Handwaschplatz nachgewiesen werden. (KRINKO C1.1 11.5; §§ 2, 3 Abs. 1 und Abs. 2 HmbMedHygVO)

53. Für das (medizinische) Personal sind gesonderte, für Patienten/Bewohner nicht zugängliche Toiletten auszuweisen bzw. zur Verfügung zu stellen und mit einem kompletten Handwaschplatz auszustatten. (KRINKO Richtlinie C1.1 11.5; §§2, 3 Abs. 1 und Abs. 2 HmbMedHygVO)
54. Für das (medizinische) Personal ist ein Pausen-/Umkleideraum, bei Bedarf auch mit Möglichkeiten zur Aufbewahrung von Speisen und Getränken zum Eigenverzehr, vorzusehen. (KRINKO Richtlinie: Anlage zu Ziffer 4.2.1 §§2, 3 Abs. 1 und Abs. 2 HmbMedHygVO)
55. Oberflächen in medizinisch genutzten Räumen müssen leicht zu reinigen und beständig gegen die verwendeten Reinigungsmittel und ggf. Desinfektionsmittel sein. Oberflächen (Fußböden, an Arbeitsflächen angrenzende Arbeitsflächen, eingebaute Einrichtungen) müssen so ausgeführt sein, dass sie flüssigkeitsdicht/fugen-dicht sind, abwaschbar und auch mit Desinfektionsmitteln und -verfahren desinfiziert werden können. (KRINKO C2.1 6.1; §§2, 3 Abs. 1 und Abs. 2 HmbMed-HygVO)
56. Es müssen ausreichende Lagerflächen und adäquate Lagermöglichkeiten vorhanden sein, d.h. reine und sterile Medizinprodukte (z.B. Kanülen, Spritzen usw.) sind staub- und lichtgeschützt aufzubewahren. Die Lagerkapazitäten sind den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Bereiche etc. in ausreichender Grundfläche zu berücksichtigen und entsprechend einzurichten. (KRINKO C2.2.3, §§2, 3 Abs. 1 und Abs. 2 HmbMedHygVO; ISO 11607, EN 868, DIN 58953)

HINWEISE

57. Erfolgt eine Änderung des vorgelegten Wohn- und Nutzungskonzeptes, ist dies dem Fachamt Gesundheit mitzuteilen, um dann die erforderlichen hygienischen Anforderungen stellen zu können. (§ 16 IfSG)
58. Legionellenuntersuchungen sind laut Trinkwasser Verordnung einmal jährlich in zentralen Erwärmungsanlagen > 400 Liter Speichervolumen oder einem Inhalt von > 3 Litern in einer Rohrleitung zwischen dem Abgang Trinkwassererwärmer und der entferntesten Entnahmestelle der Trinkwasser-Installation, aus denen Wasser an die Öffentlichkeit abgegeben wird, durchzuführen. In der Trinkwasserverordnung wird gefordert, dass in der Trinkwasser-Installation die allgemeinen Regeln der Technik einzuhalten sind. Bezüglich des Vorkommens von Legionellen im Trinkwasser sind entsprechende Regeln im Arbeitsblatt W551 des DVGW beschrieben. Im Arbeitsblatt W551 wird eine jährliche Untersuchung in Hausinstallationen verlangt (TrinkwV 2001 Anlage 4 Teil II b) zu § 14 Abs. 3); VDI 6023 Blatt 1 Anhang B).
59. Gemeinschaftseinrichtungen haben in Hygieneplänen innerbetriebliche Verfahrensweisen zur Infektionshygiene festzulegen. Für die Räume der Einrichtung ist ein Hygieneplan (§ 36 IfSG) zu erstellen, in dem z.B. folgendes schriftlich festgelegt wird: Maßnahmen der Desinfektion und Reinigung, Hygiene im Sanitärbereich, in Aufenthaltsräumen für Minderjährige und dem Küchenbereich, Tätigkeits- und Aufenthaltsverbote, Verpflichtungen und Meldungen gemäß IfSG (Mitwirkungsverpflichtungen nach § 34).
Der notwendige Hygieneplan ist dem Gesundheitsamt zu über-senden.

60. Es ist ein einrichtungsspezifisches Schutzkonzept hinsichtlich Maßnahmen der Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 zu erstellen. (§ 28 HmbSARS-CoV-2-EindämmungsVO)
Im Übrigen ist die jeweils gültige Eindämmungs-Verordnung einzuhalten.
61. Für die Separierung von Bewohnern mit infektiösen Erkrankungen oder entsprechenden Symptomen bestehen temporäre Isolierbereiche. Hierfür sollten entsprechend zugeordnete Sanitäranlagen vorbehalten werden. Aus den vorliegenden Planungsunterlagen ist nicht ersichtlich in welcher Anzahl die Möglichkeit der Separierung von Bewohnern mit infektiösen Erkrankungen vorliegt.
62. Bereiche für die Müllentsorgung sollten auch im WNP-Bereich ausgewiesen und in angemessener Anzahl vorhanden sein.

Transparenz in HH

Anlage 6 zum Bescheid

LEBENS- UND FUTTERMITTELRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Eimsbüttel
Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt
Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
Grindelberg 62-66
20144 Hamburg

AUFLAGEN

63. Die Vorgaben der EG Verordnung 852/2004 sind einzuhalten.

Anlage 7 zum Bescheid

LUFTVERKEHRSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Zuständige Dienststelle:
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Amt für Verkehr und Straßenbau
Abt.: Verkehrspolitik
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg
Tel.: 040 - 428.41.1480
Fax: 040 - 428.41.2879

Az.: VP 323/ b 04-16

AUFLAGEN

64. Vorschriften
Bei der Ausführung und dem Betrieb der Anlage sind folgende Vorschriften einzuhalten:
die Vorschriften des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG)
die Vorschriften der aufgrund des LuftVG erlassenen Rechtsvorschriften
65. Anforderungen
Gegen das Vorhaben mit einer max. Höhe von 8,68 m über Grund bestehen keine Einwendungen.
Bei der Umsetzung des Bauvorhabens einzusetzendes Baugerät ist hier gesondert zur Genehmigung vorzulegen. Aufgrund der Lage ist hierbei mit Einschränkungen zu rechnen.

Anlage 8 zum Bescheid

WEGERECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Fachamt Management des öffentlichen Raumes
Grindelberg 66
20139 Hamburg
Tel.-Nr.: 040 - 4 28 013450
E-Mail: MR@eimsbuettel.hamburg.de

AUFLAGEN

66. Das Vorhaben ist nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften auszuführen. Insbesondere sind zu beachten:
die Vorschriften des Hamburgischen Wegegesetzes (HWG)
die Vorschriften der aufgrund des HWG erlassenen Rechtsvorschriften.
67. Die Erlaubnis kann widerrufen werden, wenn die aufgeführten Auflagen nicht erfüllt, bzw. nicht beachtet werden. Schadensersatzansprüche können in diesen Fällen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg nicht geltend gemacht werden.
Vor Beginn der Nutzung hat sich der Erlaubnisinhaber die Fläche an Ort und Stelle von einer Person der zuständigen Wegeaufsichtsbehörde anweisen zu lassen.
Anordnung von Personen der Wegeaufsichtsbehörde oder der Polizei sind unverzüglich zu befolgen.
Änderungen sowie die Beendigung der Nutzung sind unverzüglich schriftlich bei der im Briefkopf genannten Dienststelle anzuzeigen.
Der Erlaubnisinhaber hat der Freien und Hansestadt Hamburg alle Kosten zu erstatten, die ihr im Zusammenhang mit der Sondernutzung entstehen. Hierzu gehören auch Entschädigungs- und Schadenersatzleistungen, welche die Freie und Hansestadt Hamburg im Zusammenhang mit der Nutzung aufgrund einer Rechtspflicht erbringen muss.
Beim Errichten baulicher Anlagen (einschließlich Schilder, Pfosten, Masten, u.ä.) auf öffentlichen Wegen sind alle Vorkehrungen zu treffen, die zum Schutz des Straßenverkehrs und des öffentlichen Weges erforderlich sind.
Werden Arbeiten am Leitungsnetz erforderlich, ist die dafür benötigte Fläche freizumachen.
Schieber-, Kanal-, und Einsteigeschächte von Leitungstrassen, Hydranten, öffentliche Verkehrs- und Beleuchtungsanlagen u.ä. müssen zugänglich bleiben.
Das Abfließen von Oberflächenwasser muss gewährleistet bleiben.
Verkehrsteilnehmer und Anlieger dürfen durch die Nutzung nicht gefährdet, der Verkehr nicht behindert werden. Die Belange Behinderter sind zu berücksichtigen.

HINWEISE

68. Die Erlaubnis ersetzt keine Verwaltungsakte, die nach anderen Vorschriften erforderlich sind.
69. Die Durchführung dieser Maßnahme gehen zu Lasten und Kosten des Antragstellers.

Anlage

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Errichtung, Nutzungsänderung

Art der beantragten Anlage: Gebäude, Gebäudeklasse 3

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Nichtwohngebäude

Zahl der Vollgeschosse: 3 Vollgeschosse

Transparenz in HH